INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Verunsicherung und Friedenssehnsucht

Eine Dokumentation des Beitrags

von Dr. Thomas Petersen

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 40 vom 16. Februar 2023

I N H A L T

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 40 vom 16. Februar 2023, S. 8, unter dem Titel:

"Verunsichert durch den Krieg. Die Deutschen sind uneins über die richtige Reaktion auf Russlands Aggression.“

T A B E L L E N Ü B E R S I C H T

Tabelle	A	1	Wer ist schuld am Krieg?
	A	2	Meinung über Putin und Selensky
	A	3	Haltung zu den Waffenlieferungen
	A	4	Priorität auf Verhandlungen
	A	5	Was an der Ukraine-Politik der Bundesregierung stört
	A	6	Das Ansehen von Russland sinkt rapide
	A	7	Aufrüstung?
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Soll die Ukraine den Widerstand aufgeben?
		2	Urteil über die Arbeit der Bundesregierung in Ukraine-Krise
		3	Wie kann Deutschland für seine Sicherheit sorgen?
		4	Mit welchen Ländern Deutschland zusammenarbeiten sollte

O r i g i n a l m a n u s k r i p t

Dr. Thomas Petersen

Institut für Demoskopie Allensbach

Verunsicherung und Friedenssehnsucht

In der öffentlichen Diskussion um die Frage, ob Deutschland der Ukraine Kampfpanzer liefern sollte, ist der Bundesregierung oft vorgeworfen worden, sie handle zögerlich. Als schließlich die Entscheidung zugunsten der Lieferung von Kampfpanzern gefallen war, rechtfertigte Bundeskanzler Scholz dies vor dem Bundestag mit auffallend beschwichtigenden Worten: Viele Bürger, so sagte er, machten sich Sorgen wegen dieser Entscheidung, doch man solle ihm und der Bundesregierung vertrauen. Man werde sich auch künftig nicht treiben lassen und stets in Abstimmung mit den Verbündeten handeln.

Diese Ausführungen des Bundeskanzlers mögen manchem unnötig defensiv und vage erschienen sein, doch die vorsichtige Rhetorik reflektiert recht gut die Stimmung in der Bevölkerung. Auch ein Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind die Deutschen hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die Freiheit zu verteidigen, und ihren über viele

Jahrzehnte hinweg eingeübten pazifistischen Reflexen. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag dieser Zeitung.

Dabei herrscht großer Konsens in Bezug auf die Frage, wer in diesem Krieg der Aggressor und wer der Angegriffene ist. Auf die Frage „Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptschuld an dem Krieg in der Ukraine?“ antworteten mehr als drei Viertel der Befragten (76 Prozent), Russland trage die Hauptschuld. Erst mit großem Abstand folgten die Angaben „USA“ (21 Prozent) und „NATO“ (14 Prozent). Dass die Ukraine selbst schuld an dem Überfall auf ihr Territorium sei, glaubten nur 11 Prozent der Befragten. Man kann damit festhalten, dass die Erzählung der russischen Propaganda, wonach eine Verschwörung des Westens die Ursache für den Krieg in der Ukraine sei, in Deutschland nicht verfängt. Die Zahlen sind in dieser Hinsicht wesentlich deutlicher als die vom März 2015, als ein Jahr nach der Annexion der Krim durch Russland „nur“ 55 Prozent der Befragten Russland die Schuld an dem Konflikt gaben, 34 Prozent den „Separatisten“ in der Ostukraine und immerhin 20 Prozent der ukrainischen Regierung.

Tabelle A1

Tabelle A1

Dementsprechend vernichtend fällt auch das Urteil der Deutschen über den russischen Präsidenten aus. Bereits im Februar letzten Jahres, unmittelbar vor Kriegsausbruch, sagten

nur zehn Prozent der Bürger, sie hätten eine gute Meinung über Putin, 67 Prozent äußerten keine gute Meinung. Heute liegt der Anteil derer, die sich über Putin positiv äußern, noch bei sechs Prozent, während sich 81 Prozent negativ äußern. Schlechter kann das Image eines Politikers in der Umfrageforschung praktisch nicht mehr werden. Unsicher waren sich die Befragten dagegen in der Einschätzung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj: 28 Prozent sagten in der aktuellen Umfrage, sie hätten über ihn eine gute Meinung, praktisch gleich viele (30 Prozent) äußerten sich negativ. Eine relative Mehrheit von 42 Prozent wich auf die Antwortmöglichkeit „Unentschieden“ aus. Die Deutschen haben offensichtlich noch kein endgültiges Urteil über Selenskyj gefällt.

Tabelle A 2

Tabelle A 2

Während also in der Bevölkerung kaum Zweifel daran bestehen, wer der Schuldige am Krieg in der Ukraine ist, herrscht große Unsicherheit darüber, wie dieser Krieg eingedämmt bzw. beendet werden sollte. Wie sehr die Menschen bei dieser Frage hin- und hergerissen sind, zeigen die Ergebnisse mehrerer Fragen, bei denen es um die Kriegsziele der Ukraine und das richtige Verhalten Deutschlands in der aktuellen Situation ging.

Die Ängste der Bevölkerung vor einer Eskalation des Krieges werden beispielsweise in den Ergebnissen einer Frage deutlich, bei der

zwei Meinungen zum Krieg schriftlich vorgelegt wurden mit der Bitte, sich für eine davon zu entscheiden. Die erste Meinung lautete: „Deutschland und die westlichen Länder müssen alles dafür tun, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt, also auch die Waffenlieferungen an die Ukraine deutlich ausweiten. Wenn wir uns mit Unterstützung zurückhalten, dauert der Krieg nur länger und die Situation wird noch schlimmer.“ Die Gegenposition dazu lautete: „Wenn Deutschland und die anderen westlichen Länder die Unterstützung für die Ukraine ausweiten und noch mehr Waffen liefern, wird Russland das als Provokation begreifen und den Krieg noch weiter eskalieren, vielleicht sogar mit Atomwaffen. Daher sollten wir uns mit Unterstützung zurückhalten, um die Situation nicht zu verschlimmern.“ 33 Prozent der Befragten stimmten der ersten Position zu, deutlich mehr der zweiten (49 Prozent).

Tabelle A 3

Gleichzeitig antworteten aber auf die Frage „Sollte die Ukraine den Widerstand gegen Russland aufgeben und die Kampfhandlungen einstellen, oder sollte die Ukraine das nicht tun?“ nur 24 Prozent, ihrer Ansicht nach sollte die Ukraine den Widerstand einstellen, um weiteren Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. 45 Prozent widersprachen. Bei dieser Frage gibt es übrigens sehr deutliche Unterschiede zwischen den Meinungen in West- und Ostdeutschland. Während im Westen nur jeder Fünfte die Ansicht vertrat,

Schaubild 1

dass die Ukraine den Widerstand gegen Russland aufgeben sollte, war im Osten eine relative Mehrheit von 41 Prozent dafür. Ähnliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigten sich auch bei anderen Fragen. In Ostdeutschland ist die Bereitschaft, die Ukraine gegen Russland zu unterstützen, deutlich weniger ausgeprägt als in Westdeutschland.

In Westdeutschland sind die pazifistischen Reflexe sehr ausgeprägt. Der Forderung, beide Kriegsparteien sollten jetzt einen Waffenstillstand vereinbaren und mit Verhandlungen beginnen, weil es das Wichtigste sei, dass die Kämpfe aufhören, stimmten 62 Prozent der Bevölkerung insgesamt zu, 77 Prozent in Ostdeutschland und immerhin auch 58 Prozent in Westdeutschland.

Tabelle A 4

Angesichts dieser Ergebnisse erstaunt es nicht, dass auch das Urteil der Bevölkerung über die Politik der Bundesregierung in der Ukraine-Krise zwiespältig ausfällt. Seit dem März 2022 stellt das Institut für Demoskopie Allensbach in seinen Bevölkerungsumfragen regelmäßig die Frage „Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Ukraine-Krise?“ Seit dem April 2022 überwog in allen Umfragen der Anteil derjenigen, nach deren Ansicht die Bundesregierung auf diesem Gebiet weniger gute oder gar keine gute Arbeit leiste. Aktuell liegt der Wert bei 48 Prozent und damit ungefähr auf dem gleichen Niveau wie im

Schaubild 2

Frühjahr letzten Jahres. Dass die Bundesregierung in der Ukraine-Krise sehr gute oder gute Arbeit leiste, meinten dagegen nur 37 Prozent.

Aufschlussreich sind nun die Angaben derjenigen Befragten, die sagten, die Bundesregierung leiste weniger gute oder keine gute Arbeit. Sie erhielten die Nachfrage, was sie denn an der Politik der Bundesregierung störe. Dazu wurde eine Liste mit 8 Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgelegt. 51 Prozent derer, die sich über die Bundesregierung negativ äußerten, antworteten daraufhin pauschal, ihrer Meinung nach richte sich die Politik zu wenig nach den Interessen Deutschlands. Das entspricht 24 Prozent der Gesamtbevölkerung. 43 Prozent und damit 21 Prozent der Bevölkerung insgesamt, sagten, Deutschland solle sich aus dem Ukraine-Konflikt ganz heraushalten und sich neutral verhalten. 39 Prozent (19 Prozent der Gesamtbevölkerung) meinten, die Politik sollte sich um eine Annäherung an Russland bemühen. Nicht viel weniger aber, 32 Prozent (16 Prozent der Gesamtbevölkerung) sagten dagegen umgekehrt, Deutschland handele zu zögerlich, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht. Hinter dem vergleichsweise hohen Grad der Unzufriedenheit verbergen sich also zum Teil gegenläufige Vorstellungen von einer besseren Politik.

Tabelle A 5

Zugenommen hat in den letzten Jahren – nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – die Zahl derjenigen, die sagen, dass Deutschland seine Sicherheit durch die Mitgliedschaft in der NATO und enge Beziehungen zu den USA gewährleisten kann. Erstere Ansicht vertreten im Februar 2023 74 Prozent der Befragten, die zweite 47 Prozent. Beide Werte sind die höchsten seit zwei Jahrzehnten. Noch deutlicher hat die Zahl derjenigen zugenommen, die sagen, Deutschland könne durch höhere Verteidigungsausgaben für seine Sicherheit sorgen. Dieser These stimmten in der aktuellen Umfrage 41 Prozent der Bürger zu. Das sind zwar fünf Prozentpunkte weniger als im März letzten Jahres, aber vor einem Jahrzehnt lag der Anteil derer, die diese Antwort gaben, noch bei sieben Prozent. Hier hat sich die Einstellung der Bevölkerung auch unter dem Eindruck der russischen Aggression seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts massiv verschoben.

Schaubild 3

Und auch bei der Frage, mit welchen Ländern der Welt Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte, ist seit geraumer Zeit eine Verschiebung der Perspektive zu erkennen. An erster Stelle steht hier, genannt von 73 Prozent der Bürger, Frankreich, gefolgt von den Vereinigten Staaten (66 Prozent). Dass Deutschland mit Polen besonders eng zusammenarbeiten sollte, sagten immerhin 40 Prozent, für eine enge Zusammenarbeit mit der Ukraine sprachen sich 29 Prozent aus. Dass

Schaubild 4

Russland ein besonders wichtiger Partner Deutschlands sein sollte, fanden dagegen nur 13 Prozent. Vor einem Jahr hatten noch 31 Prozent diese Ansicht vertreten, im Jahr 2016 waren es 50 Prozent gewesen.

Tabelle A 6

Doch bei der Frage, wie wehrhaft man der Bedrohung durch Russland begegnen sollte, fielen die Antworten der Befragten wieder merklich zurückhaltender aus. Zwar stimmten 41 Prozent der These zu, dass ein Angriff aus Russland am besten durch Abschreckung verhindert werden kann, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist, während nur 26 Prozent widersprachen, doch im Mai letzten Jahres lag die Zustimmung zu dieser Aussage mit 56 Prozent noch deutlich höher als heute, und in Ostdeutschland schlossen sich im Februar 2023 nur 29 Prozent dieser Meinung an. So ist es schon verständlich, dass die Bundesregierung sehr vorsichtig handelt und allzu scharfe Töne in der Öffentlichkeit vermeidet. Die Bevölkerung sieht durchaus die Bedrohung, die von Russland ausgeht, doch sie scheut sichtlich vor den Konsequenzen zurück, die sich aus einer entschlossenen Haltung gegenüber dem Aggressor ergeben könnten.

Tabelle A 7

U N T E R S U C H U N G S D A T E N

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1088
Befragungszeitraum:	27.01. bis 9.02.2023
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

A n h a n g t a b e l l e n

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Wer ist schuld am Krieg?

FRAGE: "Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptschuld an dem Krieg in der Ukraine: Russland, die Ukraine, die NATO, die USA, oder wer sonst?“

	Bevölkerung insgesamt
Februar 2023	%
Russland	76
USA	21
NATO	14
Ukraine	11
Andere	2
Weiss nicht, keine Angabe	6

FRAGE: "Das ist sicher nicht einfach zu sagen, aber wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptschuld an dem Konflikt in der Ukraine: Die ukrainische Regierung, die Separatisten in der Ostukraine, Russland, die USA, oder wer sonst?“

	Bevölkerung insgesamt
März 2015	%
Russland	55
Separatisten	34
Ukrainische Regierung	20
USA	17
EU	6
Andere	2
Weiss nicht, keine Angabe	20

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11037, 12067

Meinung über Putin und Selensky

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Haben Sie von Wladimir Putin alles in allem eine gute Meinung oder keine gute Meinung?“

	Bevölkerung insgesamt	
	2022	2023
	%	%
Gute Meinung	10	6
Keine gute Meinung	67	81
Unentschieden	23	13
	100	100

FRAGE: "Haben Sie von Wolodymyr Selensky alles in allem eine gute Meinung oder keine gute Meinung?“

	Bevölkerung insgesamt
	%
Gute Meinung	28
Keine gute Meinung	30
Unentschieden	42
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12049, 12067

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Haltung zu den Waffenlieferungen

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, wie stark Deutschland die Ukraine unterstützen soll. Wer sagt eher das, was auch Sie denken?“

	Bevölkerung ingesamt
	%
„Deutschland und die westlichen Länder müssen alles dafür tun, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt, also auch die Waffenlieferungen an die Ukraine deutlich ausweiten. Wenn wir uns mit Unterstützung zurückhalten, dauert der Krieg nur länger und die Situation wird noch schlimmer.“	33
„Das sehe ich anders. Wenn Deutschland und die anderen westlichen Länder die Unterstützung für die Ukraine ausweiten und noch mehr Waffen liefern, wird Russland das als Provokation begreifen und den Krieg noch weiter eskalieren, vielleicht sogar mit Atomwaffen. Daher sollten wir uns mit Unterstützung eher zurückhalten, um die Situation nicht zu verschlimmern.“	49
Unentschieden	18
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12067, Februar 2023

Priorität auf Verhandlungen

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier unterhalten sich zwei darüber, wie es mit der Ukraine weitergehen sollte. Wer sagt eher das, was auch Sie denken?“

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
„Ich finde, die beiden Kriegsparteien sollten jetzt einen Waffenstillstand vereinbaren und mit Verhandlungen beginnen. Das Wichtigste ist, dass die Kämpfe aufhören.“	62	58	77
„Das sehe ich anders. Russland hat die Ukraine überfallen und muss erst wieder zurückgedrängt werden, bevor es Verhandlungen geben kann.“	29	33	15
Unentschieden	9	9	8
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12067, Februar 2023

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Personen, die meinen, die Regierung leistet weniger gute bzw. gar keine gute Arbeit

Was an der Ukraine-Politik der Bundesregierung stört

FRAGE: "Was stört Sie an der Politik der Bundesregierung in der Ukraine-Krise, wo sehen Sie da vor allem Probleme?“

	Personen, die meinen, die Regierung leistet weniger bzw. gar keine gute Arbeit
	%
Die Politik richtet sich zu wenig nach den Interessen Deutschlands	51
Deutschland sollte sich aus dem Konflikt ganz heraushalten und sich neutral verhalten	43
Die Politik sollte sich um eine Annäherung an Russland bemühen	39
Deutschland handelt zu zögerlich, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht	32
Die Bundesregierung sollte die Sanktionen gegenüber Russland lockern	24
Deutschland sollte die Ukraine auch mit schweren Waffen unterstützen, also auch mit Kampfpanzern	23
Die Bundesregierung sollte die Sanktionen gegenüber Russland verschärfen	22
Die Bundesregierung sollte Russland entgegenkommen, damit Russland wieder Gas nach Deutschland liefert	20
Nichts davon	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12067, Februar 2023

Das Ansehen von Russland sinkt rapide

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Man hört ja sehr verschiedene Meinungen, mit welchen Ländern der Welt Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte. Was ist Ihre Ansicht? Hier ist eine Liste. Mit welchen von diesen Ländern sollten wir möglichst eng zusammenarbeiten?“

	Bevölkerung insgesamt		
	2016	2022	2023
	%	%	%
Auszug aus den Vorgaben			
Russland	50	31	13

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11058,12049,12067

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

Aufrüstung?

FRAGE: "Wenn jemand sagt, ein Angriff aus Russland kann am besten durch Abschreckung verhindert werden, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist. Würden sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?“

	Bevölkerung insgesamt		West	Ost
	2022	2023		
	%	%	%	%
Zustimmen	56	41	44	29
Nicht zustimmen	23	26	23	40
Unentschieden	21	33	33	31
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12054, 12067

Zweitstimmen-Wahlabsicht Gesamtdeutschland
Allensbacher Berichterstattung für die
Frankfurter Allgemeine Zeitung

Tabelle B1
Gesamtdeutschland
Wahlberechtigte Bevölkerung
mit konkreter Parteiangabe

Zweitstimmen

	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl 24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl 26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5
5. - 17. November	29,5	7,0	20,0	20,0	4,0	14,0	5,5
2. - 15. Dezember	30,0	7,5	22,0	18,0	4,5	12,0	6,0
2023: 5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	6,5
27. Jan. - 9. Febr.	30,0	7,5	22,5	16,0	4,0	14,0	6,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.088 Personen.

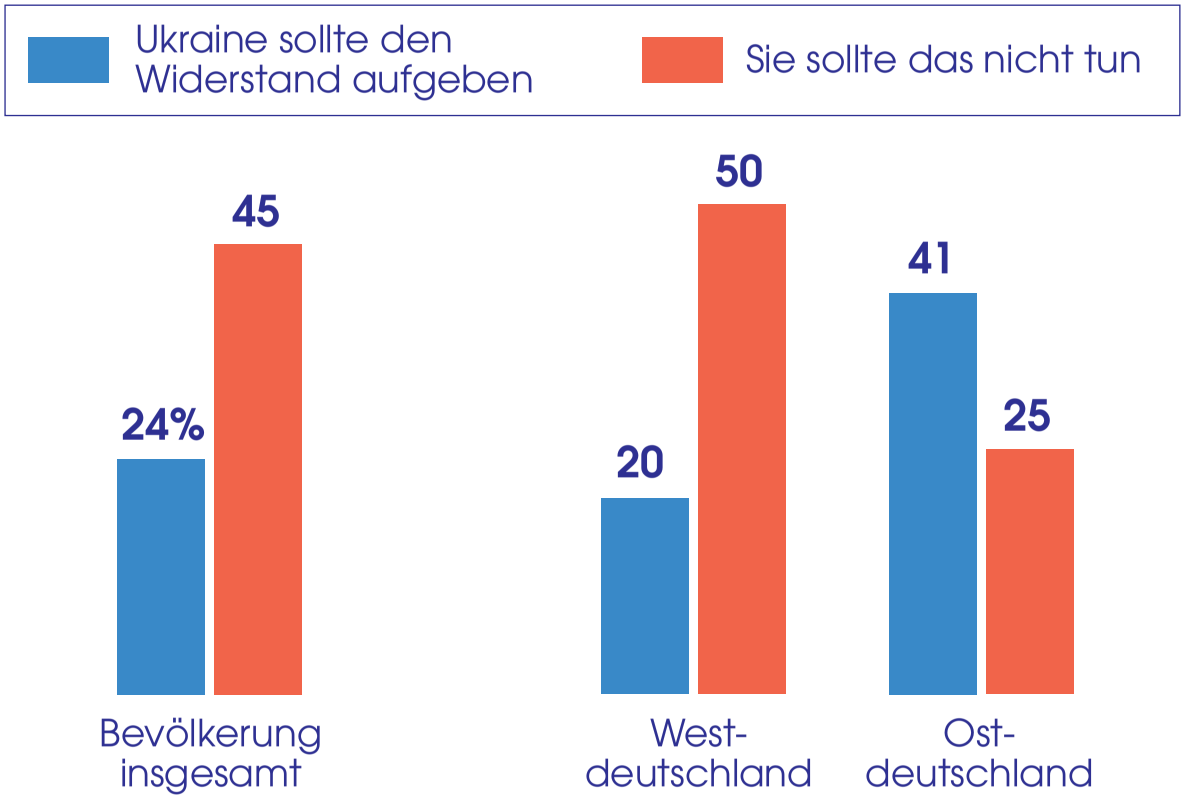
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12067

Schaubilder

Soll die Ukraine den Widerstand aufgeben?

Frage: "Es gibt teilweise die Forderung, dass die Ukraine den Widerstand gegen Russland aufgeben soll, um die eigene Bevölkerung zu schützen und die wirtschaftlichen Folgen des Krieges nicht zu vergrößern. Wie stehen Sie dazu: Sollte die Ukraine den Widerstand gegen Russland aufgeben und die Kampfhandlungen einstellen, oder sollte die Ukraine das nicht tun?"



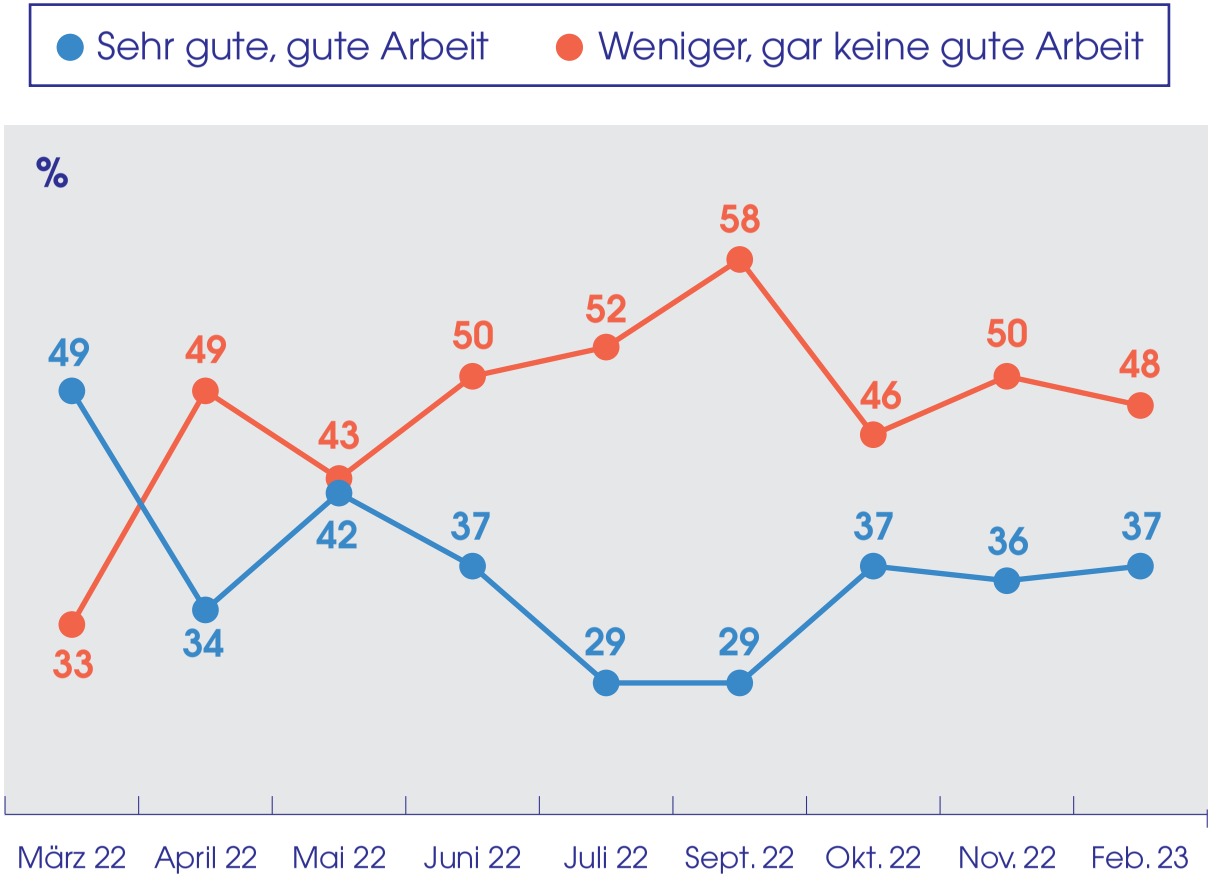
An 100 fehlende Prozent: unentschieden

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12067

© IfD-Allensbach

Urteil über die Arbeit der Bundesregierung in der Ukraine-Krise

Frage: "Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Ukraine-Krise? Würden Sie sagen, die Bundesregierung leistet hier sehr gute Arbeit, gute Arbeit, weniger gute Arbeit, gar keine gute Arbeit?"



An 100 fehlende Prozent: unentschieden

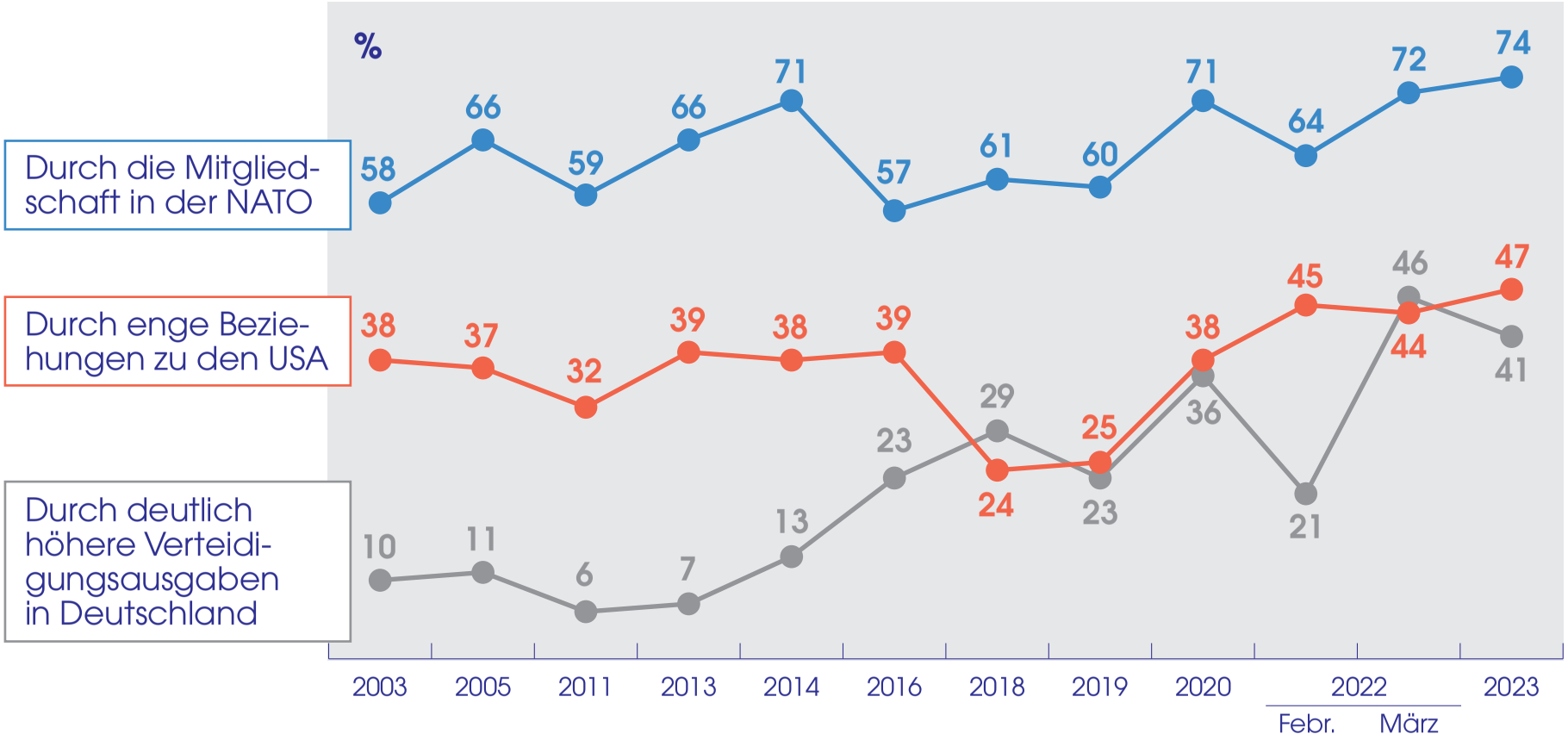
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12067

© IfD-Allensbach

Wie kann Deutschland für seine Sicherheit sorgen?

Frage: "Es gibt ja verschiedene Ansichten darüber, wie Deutschland am besten für seine Sicherheit sorgen kann. Hier sind einige Möglichkeiten aufgeschrieben. Was davon würden Sie alles nennen?" (Listenvorlage)

– Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12067

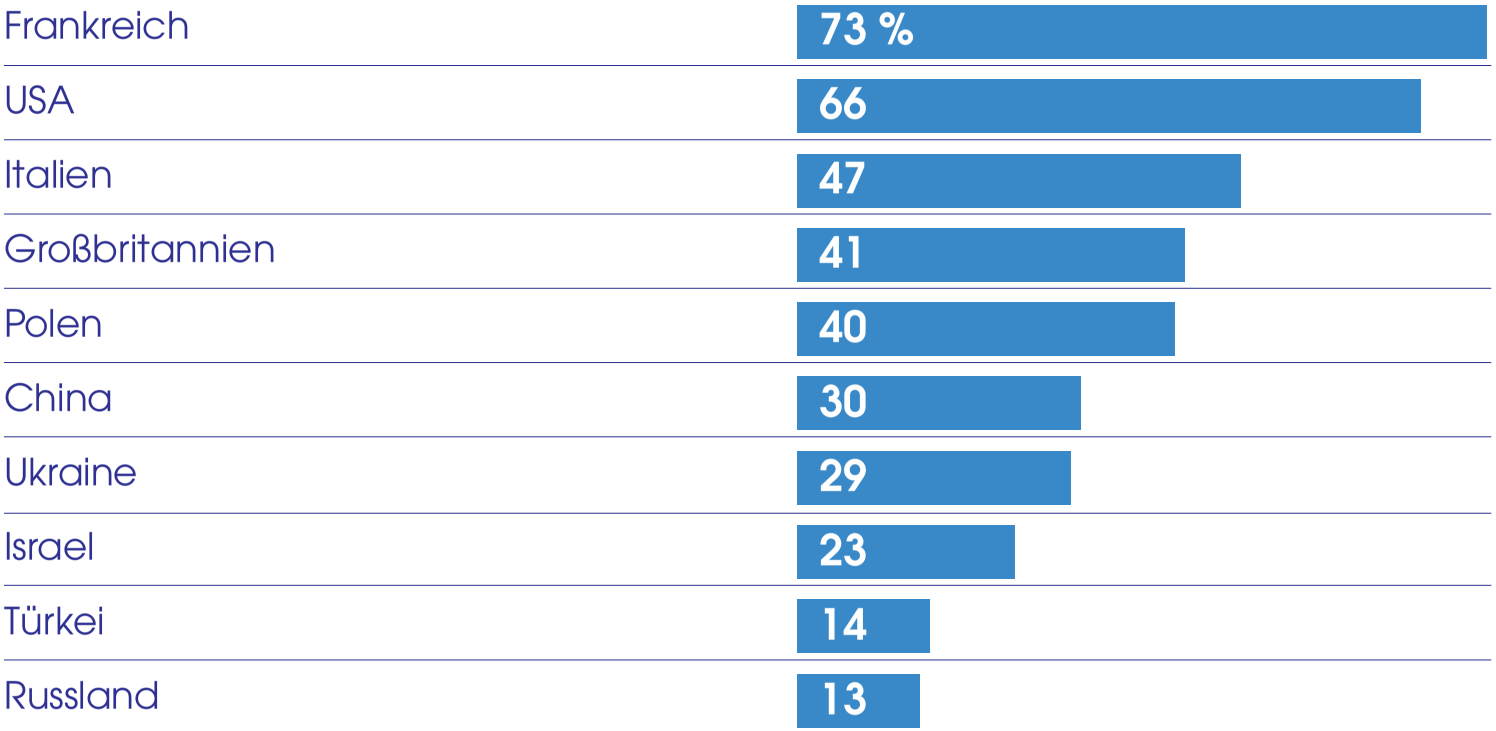
© IfD-Allensbach

Schaubild 3

Mit welchen Ländern Deutschland zusammen-arbeiten sollte

Frage: "Man hört sehr verschiedene Meinungen, mit welchen Ländern der Welt Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte. Was ist Ihre Ansicht? Mit welchen von diesen Ländern sollte Deutschland möglichst eng zusammen arbeiten?" (Listenvorlage)

– Auszug aus den Angaben –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12067

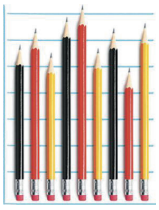
© IfD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 40
vom 16. Februar 2023, S. 8, unter dem Titel:

"Die Deutschen sind uneins über die richtige Reaktion auf Russlands Aggression."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Verunsichert durch den Krieg



Die Deutschen sind uneins über die richtige Reaktion auf Russlands Aggression

Von Thomas Petersen, Institut für Demoskopie Allensbach

In der öffentlichen Diskussion über die Frage, ob Deutschland der Ukraine Kampfpanzer liefern sollte, ist der Bundesregierung oft vorgeworfen worden, sie handle zögerlich. Als schließlich die Entscheidung zugunsten der Lieferung von Kampfpanzern gefallen war, rechtfertigte Bundeskanzler Scholz dies vor dem Bundestag mit auffallend beschwichtigenden Worten: Viele Bürger, so sagte er, machten sich Sorgen wegen dieser Entscheidung, doch man solle ihm und der Bundesregierung vertrauen. Man werde sich auch künftig nicht treiben lassen und stets in Abstimmung mit den Verbündeten handeln.

Diese Rhetorik des Bundeskanzlers reflektiert recht gut die Stimmung in der Bevölkerung. Ein Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind die Deutschen hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die Freiheit zu verteidigen, und ihren über Jahrzehnte hinweg eingeübten pazifistischen Reflexen. Dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der F.A.Z.

Dabei herrscht großer Konsens bei der Frage, wer in diesem Krieg der Aggressor und wer der Angegriffene ist. Auf die Frage „Wer trägt Ihrer Meinung nach die Hauptschuld an dem Krieg in der Ukraine?“ antworteten mehr als drei Viertel der Befragten (76 Prozent), Russland trage die Hauptschuld. Erst mit großem Abstand folgten die Angaben „USA“ (21 Prozent) und „NATO“ (14 Prozent). Dass die Ukraine selbst schuld an dem Überfall auf ihr Territorium sei, glaubten nur elf Prozent der Befragten. Die Erzählung der russischen Propaganda, wonach eine Verschwörung des Westens die Ursache für den Krieg in der Ukraine sei, verfängt in Deutschland also nicht. Die Zahlen sind in dieser Hinsicht wesentlich deutlicher als im März 2015, als ein Jahr nach der Annexion der Krim durch Russland nur 55 Prozent der Befragten Russland die Schuld an dem Konflikt gaben, 34 Prozent den „Separatisten“ in der Ostukraine und immerhin 20 Prozent der ukrainischen Regierung.

Entsprechend vernichtend fällt das Urteil der Deutschen über den russischen Präsidenten aus. Bereits im Februar vorigen Jahres, unmittelbar vor dem Überfall auf die Ukraine, sagten nur zehn Prozent der Bürger, sie hätten eine gute Meinung über Putin, 67 Prozent äußerten keine gute Meinung. Heute liegt der Anteil derer, die sich über Putin positiv äußern, noch bei sechs Prozent, während sich 81 Prozent negativ äußern. Schlechter kann das Image eines Politikers in der Umfrageforschung praktisch nicht mehr werden. Unsicher waren sich die Befragten in der Einschätzung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj: 28 Prozent sagten in der aktuellen Umfrage, sie hätten über ihn eine gute Meinung, praktisch gleich viele (30 Prozent) äußerten sich negativ. Eine relative Mehrheit von 42 Prozent wich auf die Antwortmöglichkeit „Unentschieden“ aus.

Während also in der Bevölkerung kaum Zweifel daran bestehen, wer der Schuldige am Krieg in der Ukraine ist, herrscht große Unsicherheit darüber, wie dieser Krieg eingedämmt beziehungsweise beendet werden sollte. Wie sehr die Menschen bei dieser Frage hin- und hergerissen sind, zeigen die Ergebnisse mehrerer Fragen, bei denen es um die Kriegsziele der Ukraine und das richtige Verhalten Deutschlands in der aktuellen Situation ging.

Die Ängste der Bevölkerung vor einer Eskalation des Krieges werden beispielsweise in den Ergebnissen einer Frage deutlich, bei der zwei Meinungen zum Krieg schriftlich vorgelegt wurden mit der Bitte, sich für eine davon zu entscheiden. Die erste Meinung lautete: „Deutschland und die westlichen Länder müssen alles dafür tun, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt, also auch die Waffenlieferungen an die Ukraine deutlich ausweiten. Wenn wir uns mit Unterstützung zurückhalten, dauert der Krieg nur länger und die Situation wird noch schlimmer.“ Die Gegenposition dazu lautete: „Wenn Deutschland und die anderen westlichen Länder die Unterstützung für die Ukraine ausweiten und noch mehr Waffen liefern, wird Russland das als Provokation begreifen und den Krieg noch weiter eskalieren, vielleicht sogar mit Atomwaffen. Daher sollten wir uns mit Unterstützung zurückhalten, um die Situation nicht zu verschlimmern.“ 33 Prozent der Befragten stimmten der ersten Position zu, deutlich mehr der zweiten (49 Prozent).

Gleichzeitig antworteten aber auf die Frage „Sollte die Ukraine den Widerstand gegen Russland aufgeben und die Kampfhandlungen einstellen, oder sollte die Ukraine das nicht tun?“ nur 24 Prozent, ihrer Ansicht nach sollte die Ukraine den Widerstand einstellen, um weiteren Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. 45 Prozent widersprachen. Bei dieser Frage gibt es sehr deutliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während im Westen nur jeder Fünfte die Ansicht vertrat, dass die Ukraine den Widerstand gegen Russland aufgeben sollte, war im Osten eine relative Mehrheit von 41 Prozent dafür. Ähnliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigten sich auch bei anderen Fragen. In Ostdeutschland ist die Bereitschaft, die Ukraine gegen Russland zu unterstützen, deutlich weniger ausgeprägt als in Westdeutschland. Der Forderung, beide Kriegsparteien sollten jetzt einen Waffenstillstand vereinbaren und mit Verhandlungen beginnen, weil es das Wichtigste sei, dass die Kämpfe aufhören, stimmten 62 Prozent der Bevölkerung insgesamt zu, 77 Prozent in Ostdeutschland und immerhin auch 58 Prozent in Westdeutschland.

Angesichts dieser Ergebnisse erstaunt nicht, dass das Urteil der Bevölkerung über die Politik der Bundesregierung in der Ukrainekrise zwiespältig ausfällt. Seit März 2022 stellt das Institut für Demoskopie Allensbach in seinen Bevölkerungsumfragen regelmäßig die Frage „Wie bewerten Sie die Arbeit der Bundesregierung in der Ukrainekrise?“. Seit April 2022 überwog in allen Umfragen der Anteil derjenigen, nach deren Ansicht die Bundesregierung dabei weniger gute oder gar keine gute Arbeit leiste. Aktuell liegt der Wert bei 48 Prozent und damit ungefähr auf dem gleichen Niveau wie im Frühjahr vorigen Jahres. Dass die Bundesregierung in der Ukrainekrise sehr gute oder gute Arbeit leiste, meinten dagegen nur 37 Prozent.

Aufschlussreich sind die Angaben derjenigen, die sagten, die Bundesregierung leiste weniger gute oder keine gute Arbeit. Sie erhielten die Nachfrage, was an der Politik der Bundesregierung sie störe. Dazu wurde eine Liste mit acht Antwortmöglichkeiten zur Auswahl vorgelegt. 51 Prozent derer, die sich über die Bundesregierung negativ äußerten, antworteten pauschal, ihrer Meinung nach richte sich die Politik zu wenig nach den Interessen Deutschlands. Das entspricht 24 Prozent der Gesamtbevölkerung. 43 Prozent, und damit 21 Prozent der Bevölkerung insgesamt, sagten, Deutschland solle sich aus dem Ukrainekonflikt ganz heraushalten und sich neutral verhalten. 39 Prozent (19 Prozent der Gesamtbevölkerung) meinten, die Politik sollte sich um eine Annäherung an Russland bemühen. Nicht viel weniger aber, 32 Prozent (16 Prozent der Gesamtbevölkerung), sagten dagegen umgekehrt, Deutschland handele zu zögerlich, wenn es um die Unterstützung der Ukraine geht. Hinter dem vergleichsweise hohen Grad der Unzufriedenheit verbergen sich also zum Teil gegenläufige Vorstellungen von einer besseren Politik.

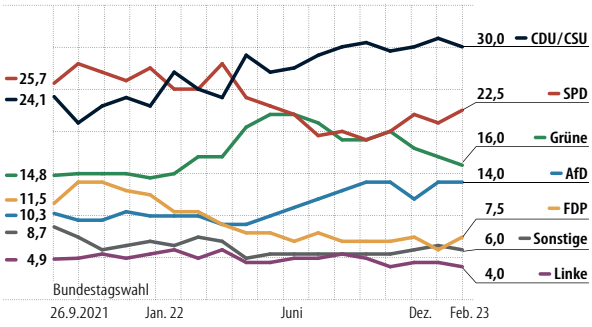
Zugenommen hat in den vergangenen Jahren – nicht erst seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – die Zahl derjenigen, die sagen, dass Deutschland seine Sicherheit durch die Mitgliedschaft in der NATO und enge Beziehungen zu den USA gewährleisten kann. Die erste Ansicht wurde im Februar 2023 von 74 Prozent der Befragten vertreten, die zweite von 47 Prozent. Beide Werte sind die höchsten seit zwei Jahrzehnten. Noch deutlicher hat die Zahl derjenigen zugenommen, die sagen, Deutschland könne durch höhere Verteidigungsausgaben für seine Sicherheit sorgen. Dieser These stimmten nun 41 Prozent der Bürger zu. Das sind zwar fünf Prozentpunkte weniger als im März vorigen Jahres, aber vor einem Jahrzehnt lag dieser Anteil noch bei sieben Prozent. Hier hat sich die Einstellung der Bevölkerung auch unter dem Eindruck der russischen Aggression seit Mitte des vorigen Jahrzehnts massiv verschoben.

Auch bei der Frage, mit welchen Ländern Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte, ist seit geraumer Zeit eine Verschiebung zu erkennen. An erster Stelle steht hier, genannt von 73 Prozent der Bürger, Frankreich, darauf folgen mit 66 Prozent die Vereinigten Staaten. Dass Deutschland mit Polen besonders eng zusammenarbeiten sollte, sagten immerhin 40 Prozent, für eine enge Zusammenarbeit mit der Ukraine sprachen sich 29 Prozent aus. Dass Russland ein besonders wichtiger Partner Deutschlands sein sollte, fanden dagegen nur 13 Prozent. Vor einem Jahr hatten noch 31 Prozent diese Ansicht vertreten, im Jahr 2016 waren es 50 Prozent gewesen.

Doch bei der Frage, wie wehrhaft man der Bedrohung durch Russland begegnen sollte, fielen die Antworten der Befragten merklich zurückhaltender aus. Zwar stimmten 41 Prozent der These zu, dass ein Angriff aus Russland am besten durch Abschreckung verhindert werden kann, wenn der Westen selbst ausreichend gerüstet ist, während nur 26 Prozent widersprachen. Doch im Mai vorigen Jahres lag die Zustimmung zu dieser Aussage mit 56 Prozent noch deutlich höher als heute; in Ostdeutschland schlossen sich im Februar 2023 nur 29 Prozent dieser Meinung an. So ist verständlich, dass die Bundesregierung vorsichtig handelt und allzu scharfe Töne in der Öffentlichkeit vermeidet. Die Bevölkerung sieht durchaus die Bedrohung, die von Russland ausgeht, doch sie scheut sichtlich vor den Konsequenzen zurück, die sich aus einer entschlossenen Haltung gegenüber dem Aggressor ergeben könnten.

Die Stärke der Parteien

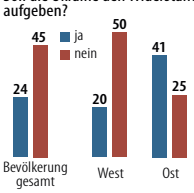
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



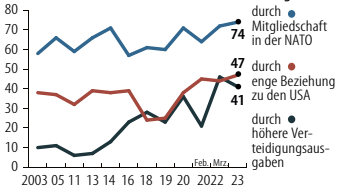
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 27. Jan. bis 9. Feb. 23, 1088 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Niebel

Deutschland und der Krieg in der Ukraine

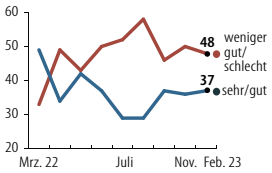
Soll die Ukraine den Widerstand aufgeben?



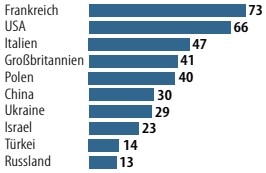
Wie kann Deutschland für seine Sicherheit sorgen?



Wie arbeitet die Bundesregierung in der Ukrainekrise?



Mit wem sollte Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten?



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Niebel